

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Der Oldenburgische Volksfreund

Oldenburg

No. 86, 27. October 1849

urn:nbn:de:gbv:45:1-4866

Der

Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

Die Aenderung des Wahlgesetzes.

Die Schlechtigkeit unseres Wahlgesetzes wird jetzt auch dem blödesten Auge klar geworden sein. Zuerst ist die allgemeine Wahlfähigkeit ein Uebel; sie hat freilich den Schein für sich, sie macht Alle, die 25 Jahre alt sind, bei keinem Andern in Kost und Lohn stehen, gleich, indem sie ihnen gleichen Umfang des Stimmrechtes giebt. Aber diese Gleichmacherei ist eine thatsächliche Ungerechtigkeit; denn nicht Alle haben dasselbe Interesse am Staate und dieselbe politische Einsicht. Die Wahl bloß nach der Kopfszahl hebt alle Unterschiede auf, die thatsächlich bestehen und immer bestehen werden, so lange nicht die Menschen gleiche Bildung und gleiches Vermögen besitzen, und gleiche Leistungen und Verpflichtungen gegen den Staat übernehmen. Wir können es nicht verkennen, daß noch ein großer Theil der Bevölkerung sich in einem Zustande befindet, in welchem er alle ihm zu Gebote stehenden Kräfte dazu zu verwenden hat, daß die äußerste Nothdurft des Lebens befriedigt werde, in welchem der Blick nicht über dieses nächste Ziel hinausreicht, und in welchem auch der geringste Grad von Einsicht in politischen Dingen nicht anzutreffen ist. Das ist eine unleugbare Thatsache. Die freiesten Länder befinden sich wohl dabei, z. B. Belgien, Norwegen, daß sie nicht nach Köpfen zählen, sondern einen Unterschied nach Klassen machen, und zwar nach der Steuerkraft oder nach dem Besitze. Einen wie geringen Werth die Bevölkerung unseres Landes auch auf dieses Recht legt, trotz der gegentheiligen Versicherung der Demokraten, geht für Jeden, der sehen will, aus der geringen Betheiligung, die im Ganzen stattgefunden hat, hervor. Das Recht zu

wählen befindet sich thatsächlich in den Händen Weniger; und nur da, wo beide Parteien dicht im Raume, neben einander, wie in den Städten, ihre Anhänger mit mehr oder weniger Zwang drängten und trieben, hat sich eine lebhaftere Betheiligung gezeigt. Sie war aber künstlich erzeugt und nicht natürlich erwachsen.

Das allgemeine Stimmrecht ist aber noch nicht das größte Uebel. Ein viel größeres ist die Wahl nach Kreisen. Sie ergiebt stets falsche Majoritäten und Minoritäten. Unser Staatsgrundgesetz verlangt, daß auf 6000 Seelen ein Abgeordneter kommt. Der Zahl nach kommt es freilich aus, wenn nach Kreisen gewählt wird, aber die herrschende Stimmung kommt nicht rein zu Tage. Es hat sich herausgestellt auch bei der jetzigen Wahl, daß ganze Distrikte, die hinreichend bevölkert sind, um einen Abgeordneten für sich stellen zu können, geradezu unvertreten bleiben. So ist die Stadt Oldenburg (8000 Einwohner), das Kirchspiel Ganderkesee (6000 Einwohner) unvertreten. Beide haben conservative Wahlmänner gewählt; beide müssen aber wohl oder übel demokratische Abgeordnete als ihre Vertreter anerkennen. Andererseits haben Bockhorn und Zetel vorherrschend demokratisch gewählt (7300 Einwohner); ihre Vertreter sind aber conservativ. So kommt stets ein unreines Resultat heraus. Die gute Absicht, die der constituirende Landtag bei der Annahme dieses Wahlverfahrens gehabt haben mag, nämlich Kirchthurmswahlen zu vermeiden, ist ebensowenig erreicht, wie der Augenschein zeigt. Dagegen sind Hezereien, Verdächtigungen, fast möchte ich sagen, Menschenverkäufereien, überhaupt Umtriebe im Feinen und Groben vorgekommen, die jedenfalls nicht in dem Maße stattgefunden hätten, wäre nach Bezirken von 6000 Seelen und nicht nach Kreisen gewählt.

Die Regierung sollte den Versuch machen, mit dem jetzt zusammentretenden Landtage ein neues Wahlverfahren zu vereinbaren. Das alte kann einfach auf dem Wege des Gesetzes abgeändert werden. Alle Bestimmungen, die im Staatsgrundgesetze stehen, können bei der Aenderung des Wahlverfahrens in Kraft bleiben. Diese Aenderung, daß nämlich die Kreiswahlen in Bezirkswahlen verwandelt werden, bedarf nicht der Zustimmung von $\frac{2}{3}$ Majorität auf zwei Landtagen, sondern kann durch einfache Majorität jegliches Landtages eingeführt werden. Selbst die Eintheilung der Wähler in Klassen kann auf diesem Wege zur sofortigen Geltung kommen. Aber es wäre schon viel gewonnen und jedenfalls ein Gewinn für die Sittlichkeit, wenn die Kreiswahlen abgeschafft würden und an ihre Stelle Bezirkswahlen träten.

Oberlin

und die französische Schreckensregierung.

Grün, theurer Freund, ist alle Theorie;
Grün ist des Lebens goldner Baum!

Wie wenig Kraft und Bedeutung eine Staatsform oder Verfassung an und für sich, im Guten wie im Bösen, besitze, wenn sie nicht von dem Geiste des Volkes belebt und getragen wird, zeigt recht deutlich folgende Erzählung, welche wir nach Schubert unsern Lesern mittheilen:

Auch in das Steinthal im Elsaß, wo damals der selige Oberlin als Pfarrer in vollem Segen wirkte, kam in den Schreckenszeiten der ersten französischen Revolution der Befehl der Regierung: die gewöhnliche gottesdienstliche Feier solle aufhören, die Steinhäler sollten sich einen Präsidenten wählen, diesen einen Bruder Redner ernennen, und dann sollten zu gewissen Tagen Versammlungen gehalten werden, bei denen der Bruder Redner gegen die Tyrannen sprechen und mit der Gemeinde sich über die Mittel berathen sollte, die Tyrannen abzuschaffen. Selbst im Steinthale fehlte es damals nicht an einzelnen Solchen, denen diese neue Sprache gar verführerisch und anlockend vorkam, und die auch gern Das mit und nachgemacht hätten, was die große Nation ihnen vormachte.

Der Pfarrer Oberlin ließ mithin seine Gemeinde unter der Linde zusammenkommen. Er las ihr das eingegangene Schreiben vor und fügte hinzu, das sei Befehl ihrer welschen (so nannte man im Steinthal die Franzosen) Regierung, und da es die Obrigkeit geböte, müsse man auch gehorchen. Er hielt es für gut, noch heute gleich zu den nöthigen vorläufigen Berathungen zu schreiten.

Zuerst müsse ein Präsident erwählt werden, und da er als der bisherige gewesene Pfarrer des Ortes für heute sich wohl noch einmal das Recht nehmen dürfe, seine Meinung zuerst zu sagen, so gäbe er seine Stimme dem bisherigen Schullehrer des Ortes, und schlug diesen zum Präsidenten vor. Der Schullehrer sträubte sich zwar etwas gegen diese Wahl, aber Oberlin bestimmte ihn bald sie anzunehmen, und so wurde denn die Wahl des Bruder Schullehrers zum Präsidenten einstimmig von den Bauern bestätigt. Jetzt war nun die Reihe an dem Präsidenten, aus der Mitte der Versammlung Jemand zum Bruder Redner zu ernennen. Wer paßte sich aber dazu besser, als der bisherige Pfarrer Oberlin? Die Wahl wurde mit lautem Beifallrufen der Versammlung bestätigt.

„Jetzt ist nun die Frage,“ sagte Oberlin, „welches Haus und welchen Tag wir zu diesen Versammlungen (Clubs) wählen wollen? Das Haus des Bruder Präsidenten hat nur eine große Stube, die Schulstube. Da geht aber kaum die Hälfte von uns hinein, besonders da auch die Weiber gern zuhören wollen; im bisherigen Pfarrhause ist auch der Raum gering, und so wüßte ich eben doch im ganzen Steinthale kein schicklicheres Haus zu unsern Clubs, als die bisherige gewesene Kirche. (Die Bauern gaben hierzu allgemein ihren Beifall.) Was nun den Tag der Versammlung betrifft,“ sagte Oberlin, „so ist der Montag unschicklich, weil da Viele nach Straßburg zu Markte fahren, ebenso Mittwoch und Freitag. Ich dächte aber doch, der schicklichste und bequemste Tag zu unsern Versammlungen wäre der bisherige und gewesene Sonntag und zwar vorzüglich die Vormittagszeit von 9 Uhr an.“ — Die Bauern gaben auch hierzu ihren allgemeinen Beifall.

Als nun die Bauern am Sonntage in die Kirche kamen, stand der Bruder Redner in der Nähe des Altars auf der ebenen Erde. „Was dünkt euch,“ sagte er zu den sich Versammelnden, „sollte es nicht besser sein, ich stelle mich auf die bisherige Kanzel, wir sind hier zu arm, uns einen besondern Redestuhl machen zu lassen, und da oben könnt ihr mich besser sehen und hören.“ Die Bauern billigten das.

Der neue Bruder Redner trat jetzt auf die Kanzel. Er zog abermals den Befehl der Regierung aus der Tasche und las ihn vor. „Die Welschen“ — sagte er — „wollen also, wir sollen gegen die Tyrannen reden und über ihre Abschaffung uns berathen. Tyrannen sind nun in der alten Zeit solche und solche gewesen, und die haben dies und dies gethan. Hier in unserm stillen Steinthal haben wir nun freilich keine solche Tyrannen; es wäre also vergeblich gegen einen solchen zu sprechen. Ich wüßte

euch aber dennoch Tyrannen zu nennen und zu beschreiben, die nicht bloß im Steinthal und in euren Häusern, sondern sogar in euren Herzen wohnen. Und gegen diese Tyrannen (Mord, Ehebruch, Fleischeslust und alles gottlose Wesen) will ich hier reden, so wie ich euch denn auch das beste Mittel nennen will, diese Tyrannen abzuschaffen, welches kein anderes, ewig kein anderes ist, als das dargebotene Heil in Christo Jesu."

Als der Pfarrer eine Zeitlang fortgesprochen hatte, sagte er: „Sollte es nicht besser sein für mich und euch, dazwischen Eins zu singen, und zwar, da wir keine andern Lieder kennen, aus unserm bisherigen Gesangbuch den und den euch Allen wohlbekannten Psalm?“

So sangen und beteten die Bauern friedlich und in Gott vergnügt mit ihrem Pfarrer, und viele gute Seelen aus der Umgegend, denen diese Art der Versammlungen und das, was da gesprochen wurde, besser gefiel, als jene Clubs, die man an andern Orten hielt, sammelten sich um Oberlin und seine Steinthaler, und fanden da Erquickung und Trost in der Zeit jener großen äußern und innern Noth.

Demokratie.

Wohin ist es gekommen mit dem edlen und schönen Begriffe des Wortes: Demokratie? Wir sehen aller Orten, daß der bessere Theil des Volkes, derjenige nämlich, der Gesetz und Ordnung aufrecht erhalten will, der dem Grundsatz: „daß es erst recht schlimm werden müsse, ehe es besser werden könne,“ mit allen Kräften entgegenwirkt, um nicht in Anarchie und Barbarei zu versinken, daß dieser Theil des Volkes sich mit Verachtung und Abscheu von Denjenigen abwendet, die als die Führer einer sog. demokratischen Partei das große Wort führen und durch Blut und Mord die Welt zum Heile führen wollen. Die große Sache der Demokratie ist fast in ganz Deutschland, sowie auch in Frankreich und Italien, in unreine Hände gefallen, die es dahin gebracht haben, daß, wie kürzlich ein Redner in der französischen Kammer äußerte, die Liebe zur Freiheit, die von der Bedeutung des Wortes Demokratie nicht getrennt werden kann, in dem Herzen des Volkes erloschen ist, so daß es für den Augenblick den Bessern und Vernünftigeren fast unmöglich geworden ist, dasselbe jetzt für eine wahrhaftige Freiheit zu begeistern. Die Freiheit, die ihnen von halb wahnsinnigen Aposteln derselben gepredigt worden, haben sie als ein Trugbild erkannt, und sie wenden sich jetzt mit Gleichgültigkeit, Spott und Verachtung von Allem ab, was nur irgendwie mit den Bestrebungen der ver-

meintlichen Demokraten zusammenhängt, deren verderbliche, aller sittlichen Grundlage entbehrende, Theorien und Handlungen allmählig auch dem Volke klar geworden sind. Süddeutschland war vor Allem der Heerd dieser Freiheitsmänner von verlornen Stellung und zweifelhaftem Rufe. Der leicht erregbare Geist der Rheinländer ließ sich anfangs hinreißen und die Folgen liegen jetzt vor Aller Augen.

Im „Morgenblatte“ lasen wir vor einiger Zeit einen Artikel, welcher eine Volksversammlung unter der Präsidentschaft Zih's in Bingen beschreibt, die von 10000 Personen besucht gewesen sein soll, und ein Auszug aus demselben mag beweisen, daß solche Freiheitsprediger, wie sie dort aufgetreten sind, nicht die Führer der Sache der Demokratie sein können, daß ihre Wirksamkeit vielmehr geeignet ist, das Volk mit Mißtrauen gegen alle demokratischen Tendenzen zu erfüllen.

Der Zweck der Versammlung war, sich über die Mittel und Wege zu einigen, um die Reichsverfassung auch gegen den Willen der constitutionellen Fürsten in Deutschland einzuführen. Diese gewaltsame Einführung glaubte ein Theil vor der Hand noch ohne Blut versuchen zu müssen, während ein anderer Mord und Todtschlag predigte. Die Trennung der politischen Parteien trat erst bei der Frage nach dem endlichen Ziele der Bewegung hervor. Eine Partei empfahl schlechtweg die Republik — wenn es nicht anders gehen wolle — die rothe Republik, eine zweite die sociale Republik, eine dritte endlich die constitutionelle Monarchie, aber so, daß sie diese ihre Theorie als eine vergangene und damit gewissermaßen als einen Irrthum hinstellte.“ (Die Mötlingischen Grundsätze dieser letzteren constitutionellen Monarchisten sind also auch dort vertreten gewesen.) „Für die letztere Ansicht sprach hauptsächlich Müller aus Mainz, für die sociale Republik Damberger aus Mainz, Redacteur der Mainzer Zeitung, für Mord und Todtschlag Wittmann, ebenfalls aus Mainz. Ueberhaupt bestiegen, mit Ausnahme von Fenner von Fenneberg, nur Mainzer die Rednerbühne. Am besten sprach Zih, am populärsten der Fleischer Mann und zwar zum größten Aerger des Bürgers Zih. Denn nachdem man stundenlang das Volk zu fanatisiren gesucht hatte, entwickelte Fleischer Mann plötzlich eine so derbe Komik, daß Zih alle Kräfte aufbieten mußte, um die lächerliche Stimmung der Menge zu verschleichen. Fenner von Fenneberg sprach herzlich schlecht. Sämmtliche Redner wurden dem Volke als Bürger präsentirt, Schütz aus Mainz jedoch als Professor, der sich dieses Wortes auch als Anrede gegen die Versammelten bediente.

Merkwürdig war nur der Umschwung, den die demokratische Rhetorik seit einem Jahre erlitten hat. Die

Führer, so scheint es, glauben nicht mehr an die Kraft der alten Wendungen, als da sind: verthierte Söldlinge, Camarilla, Knute u. s. w. Selbst am Schluß verabschiedete man sich nicht mit dem Wiedersehen auf den Barrikaden, sondern mit dem Wiedersehen auf dem Schlachtfelde. Man sträubte sich gegen jede Beifallsbezeugung: Es handle sich nicht darum, Lärm zu machen, sondern zu handeln, zu handeln mit den Waffen in der Hand. Der Jüngling solle nicht eher sein Mädchen küssen, als bis der blutige Morgen der Freiheit tage. Kämpfe man jetzt nicht, so seien wir, unsere Kinder und Kindeskinde verloren.“

Solche Schwadroniers, solche Mord- und Todtschlagsprediger haben die Sache der Demokratie zu verfechten übernommen, solche Menschen ohne Ehre und sittliches Gefühl bearbeiten das Volk. Kann man sich da wundern, wenn aus solcher Saat nur Unheil emporsprießt, wenn, nachdem es zu wuchern angefangen, die Liebe des Volkes zur Freiheit, für welche es freilich nichts als ein Phantom angesehen hat, erlischt, wenn es von dem, was ihm für „Demokratie“ vorgespiegelt worden, mit Verachtung und Abscheu sich abwendet?

Zur Abwehr.

Da in einem Artikel in № 85 d. Bl.: „Landtagswahlen im Kreise Delmenhorst“ auch von mir die Rede ist, habe ich mit wenigen Worten zu erwidern:

1. In dem Wahltermine gab ich die fragliche Protestation in Folge der Aufforderung vieler Wahlmänner zu Protokoll.

2. Um zu constatiren, wer dem Protest beitrete, erließ der Wahlcommissair einen Namensaufruf an die Wahlmänner mehrerer vom Unterzeichneten genannten Kirchspiele.

3. Wenn nicht alle diejenigen Wahlmänner, welche mit dem Proteste sich einverstanden erklärten, auf geschienen Namensaufruf beitraten, hat dieses seinen Grund ohne Zweifel in der lauten Verhöhnung, womit jeder Beitritt begleitet ward. Viele hatten sich während dieser Vorfälle auch bereits entfernt, indem sie den Auftrag an den Unterzeichneten für ausreichend gehalten haben mochten.

Wie ungezogen mehrere Personen dem Proteste gegenüber sich verhielten, wollen die Leser aus dem oben angezogenen Artikel ersehen, der unumwunden rühmt: „der erste Einwand (des Protestirenden) habe Lachen, der letzte Unwillen in der Versammlung erregt.“

Weiter kann man doch die Ungezogenheit kaum treiben!

4. Die Vernichtung der Stimmzettel wurde mir erst bekannt, als ich, um dieselbe zu verhindern, am Wahlstische mich einfand.

Ueber mein Verhalten bei dem Wahlacte berufe ich mich auf alle Männer von Ehre und Einsicht, welche zugegen waren.

Falkenburg, 1849, Octbr. 25. Hümmel.

Materialien für die Freien Blätter oder den Beobachter.

(Aus einer Rede des Dr. Tausenau, in den Octobertagen zu Wien gehalten.)

„Die Riesenschlange der Reaction windet sich wieder langsam empor aus dem stinkenden Sumpfe der Camarilla. Sie zischt schon wieder gegen die Kämpfer der Freiheit. Die Aristokraten schlürfen schon wieder den Hoffnungsäther der Salons. Die Polizei schnüffelt schon wieder mit Unverschämtheit an allen Orten. Das Federvieh der Kanzleien bläht sich schon wieder und kollet wie zuvor. Die Klosterbäuche grunzen schon wieder aus dem Schweinefosen der Frömmerei; — und das gekrönte Scheusal an der Nawa wiehert wohlgefällig sein Hallelujah in das greuliche Concert!“ —

Zu solchem Schwunge und Pathos haben es doch weder der Beob. noch die Fr. Bl. gebracht!

Kirchennachricht.

Vom 20. bis 26. October sind in der Oldenb. Gemeinde

1. Copulirt. 99) Johann Sophus Bernhard Grobermann und Friederike Catharine Christiane Mehrens, Oldenburg.

2. Getauft. 318) Georg Elmar Wilhelm Martin, Oldenburg. 319) Auguste Dorothee Hermine Caroline Kriete, Oldenburg. 320) Talle Margarethe Benedicts, Wahnbeck. 321) Antonie Mathilde Ernestine Lübben, Haarenthor. 322) Gerhard Janssen, Nadorst. 323) Marie Christine Dorothee Langenbuch, Oldenburg. 324) Ein unehelicher Knabe, Oldenburg.

3. Beerdigt. 242) Gesche Hullmann geb. Mohrmann, Nadorst, 60 J. 243) Johann Gerhard Theilmann, Bloherfeld, 64 J. 244) Therese Portis, Oldenburg, 32 J.

Gottesdienst in der Lambertikirche.

Sonntag, den 28. October:

Vorm. (Anf. 8 Uhr.) Herr Pastor Greverus.

Vorm. (Anf. 9½ Uhr.) Herr Kirchenrath Clausen.

Nachm. (Anf. 2 Uhr.) Herr Pastor Gröning.

Der
Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagsbuchhandlung angenommen.

Die Bundes-Commission.

Das liebe Oestreich! Es kommt nun wieder, kommt mit Pulver und Blei nicht nur, auch mit dem Strange, an dem Bathiany hängen sollte, und ein Duzend Generale gehängt haben, mit der auch Frauen applicirten Peitsche, mit den Einziehungen des „beweglichen und unbeweglichen, wo immer befindlichen Vermögens.“ Zwei Könige geleiten es an der Hand, zwei andere verlassen Preußen zu seiner Bewillkommnung; ein Kaiser geht ihm zur Seite. Und trotz des Gefühls seiner Schwäche nach dem Blutverluste weiß es seinen königlichen Führern nicht einmal Dank; es zieht seine Hand zurück und reicht sie Preußen heimlich zum Interim. „Im geeigneten Moment“ will es den Regierungen mit der neuen Centralgewalt eine Vorlage machen, und während Preußen seine Verbündeten von der am 30. September geschaffenen „Bundes-Commission“ am 5. October unterrichtet, muß der bairische Minister am 18. October auf eine Interpellation in den Kammern gestehn, daß er noch keine offizielle Nachricht habe“ und — hätte er beifügen sollen — seine geschichtliche Pflicht der Vermittelung wohl nicht länger erfüllen könne.

Dies Interim nun — nicht eine Reichsverfassung, ein Volkshaus, einen Bundesstaat, nicht einmal den Staatenbund, auch nicht Sicherung des oldenburgischen Staatsgrundgesetzes — bringt es uns mit. Etwas auch nur möglicher Weise Definitives über das Verhältniß seines Mischmasch-Staates von so vielerlei Völkern zu Deutschland hat ihm noch nicht „vorgeschwebt.“ Und sollte auch das Interim 1851 und fernere Jahre sich erneuern, so werden doch sowohl die östreichischen als

bairischen und oldenburgischen Politiker am Ende sich gestehn müssen, daß, wenn nicht der alte Bundestag wiederhergestellt werden soll, nur das Gagernsche völkerrechtliche Verhältniß zwischen Oestreich und einem Bundesstaate möglich sei.

In der That haben wir an dem Interim den Bundestag schon wieder in dieser wunderlichen Zwei-Herrschaft, Oestreich und Preußen überwogen ja in Einigkeit auch am Bundestage; können sie sich aber jetzt nicht einigen, so wählen sie jeder einen größern oder kleinern Fürsten und diese Beiden wiederum einen „Obmann.“ Wie nun, wenn die Beiden sich wiederum nicht einigen?

Auf die neue „Bundes-Commission“ sollen die Befugnisse des engern Rathes des Bundestages übergehn. Aber dieser engere Rath, zur Erleichterung der Beschlüsse auf 17 Stimmen reduziert und zu einfacher Majorität berechtigt, faßte über Alles, was an den weitem Rath, das Plenum, mit seinen 69 Stimmen und Stimmen-Einheit kommen sollte, einen Vorbeschluß und zog im Zweifel alles Mögliche an sich. Das Plenum fällt also aus bis zu weiterer Vereinbarung; von den diesem ehemals zugewiesenen organischen (bleibenden) Einrichtungen geht das Heer, die Flotte, Festungen und „gemeinsame“ Dinge ausdrücklich an die Bundes-Commission über; Krieg und Frieden aber, „nach $\frac{2}{3}$ Majorität; die „gemeinnützigen Angelegenheiten,“ Religionsachen z. B., sind für das Interim noch nicht in Betracht gezogen, und das Verfassungswerk bleibt von ihm ausgeschlossen. Die Erklärung des Hrn. v. Schmerling als Bundestagspräsidenten, nach der Wahl des Reichsverwesers, daß die Gesandten nicht mehr als solche, sondern als Männer, die zufällig Bundestagsgesandte seien, in den allgemeinen Jubel (durch ihren Glückwunsch) eingestimmt, und die That-